

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

Sitzungstermin: Dienstag, 05.03.2019
Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:07 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Kronshagen, Heinrich

für Dr. Hermann Ringena

FDP-Fraktion
Frerichs, Uwe

Beratende Mitglieder
Holle, Stefanie
Kamer, Stefan
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian
Sann, Necmiye

für Dr. Ziad Attar

Jugendhilfeausschuss

GfE-Fraktion
Telschow, Silke

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Göring, André

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Fritzsche, Karola
Gemler, Hella

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

Beratende Mitglieder

Cuhlmann, Christian
Jansen, Rieke
Jebens, Christoph
Ouedraogo, Abdou
Schäfer, Stephanie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede

Schulausschuss

GfE-Fraktion

Hencke, Knut

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Verlee, Gerold

(ab 16:11 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Barghoorn, Dirk
Könnecke, Maike
Lechner, Katja
Passe, Heino
Stüber, Gudrun

für Johann Doden

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Grendel, Volker
Ghorbanpour, Naeim
Leuffert, Cathrin
Schabler, Martin
Szag, Elisabeth
Reibe, Ulf

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 4 Bildung im Kontext von Neuzuwanderung
Vorlage: 17/1022

Herr Grendel erläutert, dies sei der erste Sachbericht zum im letzten Jahr vorgelegten Basisbericht Integrierte Sozialplanung. Der Bildungsbericht sei thematisch in der Schnittstelle der Sozialplanung und dem Bildungsmanagement gewählt worden. Thema sei die Neuzuwanderung. Die Neuzuwanderung sei eine der dominanten Querschnittsaufgaben in den letzten fünf Jahren für die Stadt Emden. Es seien fast alle Fachbereiche der Stadt Emden an der Bewältigung der Situation beteiligt. Der Prozess kennzeichnete sich durch eine hohe Dynamik. Die Zuweisungsraten gingen im Herbst 2015 eklatant hoch. Es musste viel Wohnraum angemietet werden. Später musste der vorher angemietete Wohnraum wieder adäquat abgebaut werden.

Auch die sich verändernden Aufgabenstellungen waren eine besondere Herausforderung. Zunächst musste die Versorgung sichergestellt werden. Anschließend gab es Probleme, die Sprachentwicklung voranzutreiben. Die Kompetenzermittlung und -feststellung sowie ein vernünftiger Zugang zu Krippe, Kita und Schule musste ebenso ermöglicht werden. Des Weiteren war eine rechtskreisübergreifende Abstimmung notwendig, da die Arbeitsmarktintegration und Heranführung an den Arbeitsmarkt Thema des Jobcenters sei. Insgesamt habe die Stadtgesellschaft in dem Zeitraum ca. 1.300 Personen aufgenommen. Diese seien nicht alle in Emden geblieben. In der Hochphase seien 850 Asylbewerber unmittelbar von der Stadt Emden verwaltet worden. Mittlerweile seien noch ca. 150 Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in unmittelbarer Zuständigkeit der Kommune. Die anderen seien weitestgehend im Rechtskreis SGB II angekommen und dank der intensiven Arbeit auch schon teilintegriert.

Daher sei es ein guter Zeitpunkt für eine umfassende Evaluation der geleisteten Arbeit. Insgesamt wurden die geschilderten Herausforderungen in der Stadt Emden sehr gut

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

gemeistert. Ein Dank gehe an die vielen ehrenamtlichen Helfer, die die Verwaltung massiv unterstützt haben. Für die Bewältigung der Aufgaben war ein erheblicher personeller und finanzieller Ressourceneinsatz notwendig. Der Bericht sei als integrierter Bericht zu verstehen, der die Evaluation in den einzelnen fachbereichsübergreifenden Aufgabenfeldern zusammenfasse und in der Gesamtschau eine Weiterentwicklung ermögliche.

Er bedankt sich für die geleistete Arbeit bei den Personen, die bei der Erstellung mitgewirkt und kritisch das eigene Wirken hinterfragt haben. Dieser Bericht sei trotz inhaltlicher Überschneidungen von dem Bericht zur Migration und Teilhabe abzugrenzen, der im Laufe des Jahres vorgestellt werde. Der Bericht konzentriere sich auf den Personenkreis der Neuzugewanderten.

Weiterhin möchte er sich bei dem Projektteam „Bildung leben in Emden“ bedanken, das diesen Bericht zusammengestellt und zum Teil aus der Fachaufgabe heraus auch inhaltlich gestaltet habe. Insbesondere nennt er Frau Sperling und Herr Schabler von der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung sowie Herrn Ghorbanpour in seiner Funktion als Bildungskordinator für Neuzugewanderte. Des Weiteren habe Frau Rape als regionale Sprachförderkordinatorin mitgewirkt. Frau Rape sei mittlerweile in einem anderen Bereich der Stadt Emden tätig.

Herr Schabler und **Herr Ghorbanpour** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation den Bericht „Bildung im Kontext von Neuzuwanderung“ vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Zusammenfassung des Bildungsberichtes verteilt werde. Natürlich sollen die Neuzugewanderten integriert werden. Sprache und Bildung sei für eine gute Integration wichtig. Eine frühzeitige Einbindung in das formale Bildungssystem sei notwendig. Vorrangiges Ziel im Rahmen der Integration von Kindern und Jugendlichen sollte sein, diese in die Kindertagesstätten und Schulen zu integrieren. Im Kindertagesstättenbereich gebe es zurzeit Schwierigkeiten. In Zusammenarbeit mit der Familienbildungsstätte werden in den Stadtteilen Projekte angeboten. Es müssten zukünftig sicherlich neue Plätze in diesem Bereich geschaffen werden. Die Integration in den Beruf und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sei das Ziel. Sprache sei hierfür Voraussetzung. Die Zuwendungen vom Land seien ungenügend. Durch verschiedene Projekte werde der Bereich der Sprachbildung unterstützt. Ein neues Projekt werde im Rahmen des Jugendhilfeausschusses vorgestellt. Es sei ein Konzept entwickelt worden, wie insbesondere der Fachunterricht sprachlich gestaltet werden könne. Vorrangig sei insbesondere das Miteinander und Voneinander lernen. Eine grundsätzliche Voraussetzung sei die Wertschätzung und der Respekt der Person. Die Vielfalt sollte als Zugewinn für die Gemeinschaft begriffen werden. Gleichberechtigte Teilhabe sei seines Erachtens Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der sozialen Gemeinschaft Stadt Emden.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Buisker bedankt sich für die Erstellung des Berichts. Er fragt, ob es noch konkrete Zahlen gebe. Ebenso möchte er wissen, ob eine Perspektive zur Entwicklung in den nächsten Jahren aufgezeigt werden könne. Er stellt fest, dass zu wenig Mittel vorhanden seien. Er bittet um Auskunft, inwieweit das dargestellte dauerhaft finanziert sei. Die Programme würden vom Land oft nur für zwei Jahre finanziert.

Herr Grendel verweist bezüglich der Zahlen auf den umfassenden Bericht. Es sei ein Exzerpt vorgestellt worden. Bei Interesse könnten die detaillierten Zahlen im Bericht nachgeschlagen werden.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

Grundsätzlich entspanne sich derzeit die Situation, weil die Zuwanderungen nicht mehr so stark seien. Es gebe jedoch neue Zuweisungszahlen von 100 Personen im laufenden Jahr. Ebenso gebe es in dem Bereich des Familiennachzug Zuwanderung sowie nach dem Rechtskreiswechsel aus den umliegenden Kommunen. Die Aufgabenfelder bleiben durchaus bestehen. Die kommunale Sprachförderrichtlinie habe ihren Zweck weitestgehend erfüllt. Sie richtete sich an Personen, die zum damaligen Zeitpunkt noch keinen Zugang zu den Integrationskursen hatten. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sei grundsätzlich keine Sprachförderung vorgesehen, um nicht zur Verstetigung des Aufenthaltes beizutragen. Teilweise waren die Antragszeiten in der Hochphase zwei Jahre. Um diesen Zeitraum sinnvoll zu überbrücken, seien die kommunalen Programme aufgelegt worden. Die Finanzierung erfolgte weitestgehend kostenneutral für das kommunale Budget aus dem Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben der in Amtshilfe für das Land betriebenen Erstaufnahmeeinrichtung. Zukünftig müssten diese aus den Erträgen der Pauschale für den Aufenthalt der Personen geleistet werden. Sollten aus den Handlungsfeldern entsprechende Maßnahmen entwickelt werden, würden diese sicherlich im Ausschuss nochmal vorgestellt.

Herr Ouedraogo bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Ohne Daten könne nicht gehandelt werden. Die Daten sollten nun für die weitere Entwicklung genutzt werden. Es seien Potenziale vorhanden und bereits Strukturen geschaffen worden, um die fehlenden Bedarfe auszugleichen. Die Zuwanderung sollte als Gewinn angesehen werden. In dem Bericht sei erwähnt, dass bereits in den Kindertagesstätten die Herkunftsländer berücksichtigt werden. Er fragt, inwieweit dies bei der Erziehung einbezogen werde.

Herr Schabler gibt an, gemeinsam mit dem Fachdienst Kinder und Familien seien die Daten analysiert worden. Die pädagogische Umsetzung könne er nicht beurteilen.

Herr Sprengelmeyer fügt hinzu, die Thematik könne im Jugendhilfeausschuss nochmal speziell thematisiert werden.

Herr Göring stellt fest, dass die Stadt Emden eine hervorragende Arbeit leiste. Insbesondere im Kindergartenbereich erkenne er wenig Hemmnisse. Seines Erachtens würden die jungen Erwachsenen beispielsweise im Bereich der Praktika gebremst. Die Praktika würden oft nur zwei Wochen durchgeführt. Dies sei zwar grundsätzlich eine Hilfe, aber eventuell könnten solche Hemmnisse abgebaut werden. Für die Sprachförderung und Integration in eine Gruppe sei der Beruf ein wichtiges Instrument. Seines Erachtens sollten die Praktika-Möglichkeiten ausgeweitet werden.

Herr Grendel bestätigt die Aussage von Herrn Göring. Praktika seien sicherlich für zwei Wochen ausreichend, wenn Personen einen Beruf zunächst nur kennenlernen wollen. Berufsvorbereitende Praktika sollten natürlich länger durchgeführt werden. Es gebe rechtliche Bedingungen für Praktika, die aus dem normalen SGB II finanziert werden. Es gebe durchaus Maßnahmen, wo das Praktikum Teil einer Gesamtentwicklungsmaßnahme sei. In dem Fall seien die Praktika tatsächlich länger. Dabei gehe es um eine Annäherung an den Betrieb. Die Feststellung der Kompetenz sei eine Hürde. Praktisch könnten die Kenntnisse oft nachgewiesen werden. Jedoch fehlen oft die theoretischen Belege. Es würden für Jugendliche bereits theoriereduzierte Ausbildungen angeboten.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, im Rahmen der schulischen Bildung würden Praktika zur beruflichen Orientierung durchgeführt. Im Bereich der Integration seien die Kinder und Jugendlichen natürlich im Schulsystem verankert und absolvieren ebenfalls diese berufliche Orientierung an den Schulen. Es werde zurzeit ein Konzept der fachbezogenen Sprache entwickelt, um die sprachlichen Barrieren zu minimieren.

Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19)

Herr Reibe schildert, die Konzepte im frühkindlichen Bereich sowie im Erwachsenenbereich seien absolut notwendig. Allerdings sei die Jugend eine eigenständige Lebensphase. Diese müsse insgesamt verstärkt herausgearbeitet werden. Seines Erachtens sollte ein jugendpolitisches Konzept für Emden entwickelt werden. Die speziellen Anforderungen im Jugendalter sollten ausgearbeitet werden. Es gehe um Selbstpositionierung und Verselbstständigung.

Herr Götz stellt fest, das Jobcenter sei überwiegend die erste Anlaufstelle, wo sich die Personen melden müssen. Das dortige Personal habe die Herausforderungen verhältnismäßig gut abgearbeitet. Problematisch bei den Kindern sei, dass die Mütter zuhause oft bei der Sprachförderung nicht helfen können. Sprachförderung müsse auch außerhalb der Kitas und Schulen durchgeführt und die Mütter mit eingebunden werden. Viele Frauen nehmen seines Wissens nicht am Sprachunterricht teil. Beim Übergang Schule / Beruf sei Sprache äußerst wichtig. Die Kompetenzfeststellung sei schwierig. Die Personen kennen oft die Berufsfelder in Deutschland überhaupt nicht. Die Emdener Ausbildungsförderungsgesellschaft war in diesem Bereich enorm hilfreich. Dort wurden mehrere Berufsfelder angeboten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 5 Einsatz von Fördermitteln für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
Vorlage: 17/1017

Herr Grendel teilt mit, die Verwaltung werde den Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung zurückziehen, da um 17:00 Uhr eine Jugendhilfeausschusssitzung anschließe. Ebenso sei der Sachbearbeiter, der diese Fördermaßnahme betreut, kurzfristig erkrankt. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu behandeln.

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

1. Bauentwicklungskonzept Emdener Schulen

Herr Busch erinnert an die Anfrage der FDP-Fraktion vom 15.08.2018 sowie an den Antrag vom 31.01.2019 zum Bauentwicklungskonzept Emdener Schulen. Es gehe insbesondere um die Zuschüsse vom Bund. Eine Vorplanung sei äußerst wichtig.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Anfrage vom 15.08.2018 im Schulausschuss am 15.11.2018 behandelt worden sei. Gemeinsam mit dem Gebäudemanagement werde eine Priorisierung zusammengestellt. Anschließend werde die Thematik selbstverständlich im Ausschuss vorgestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.